

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419

Der Lübecker Volksbote erscheint täglich Abends außer an Sonntagen und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1, 65. Monatlich 55 Pf. Postgebühren: Nr. 1000, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

N. 5.

Freitag, den 6. Januar 1899

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Amerikanische Kartelle.

Die günstigsten Vorbedingungen für die moderne kapitalistische Entwicklung bieten die Vereinigten Staaten von Amerika. Ein noch nicht bis zur vollen Ertragsfähigkeit in Anspruch genommener Boden ermöglicht die Produktion von Nahrungsmitteln zu weit geringeren Verfertigungspreisen als in den älteren Kulturländern Europas. Zwar ist in den östlichen Staaten durch rücksichtslosen Auenbau die Bodenerschöpfung bereits soweit gediehen, daß dort nur noch die intensive auf künstliche Wiedervermehrung des Bodens bedachte Kultur ertragreich wirtschaften kann. Dieser Wechsel im Bebauungsverfahren führt, nebenbei bemerkt, auch einen Bevölkerungswandel mit sich, indem die Yankee-Bauern aus den Neuenglandstaaten und Newyork fortziehen, um in den fruchtbaren Prairien westlich vom Mississippi ihre alte Wirtschaftsweise fortsetzen zu können. Ersetzt werden sie durch deutsche und irische Bauern mit den jetzt dort ortsgemäß werdenden europäischen Wirtschaftsgewohnheiten. Aber diese in einem verhältnismäßig kleinen Bezirk eingetretene Wirtschaftskrevolution ändert wenig an den niedrigen Kosten des Gesamtertrages der Landwirtschaft, die noch immer eine starke Getreideausfuhr ermöglichen, während gleichzeitig der riesenhaft wachsenden heimischen Industrie die billigen Nahrungsmittel als Grundlage dienen.

Den billigen Nahrungsmitteln kommen die gleichfalls billig an Ort und Stelle förderbaren Rohmaterialien, Kohlen und Eisen, zu Hilfe, um das Erblühen einer Industrie größten Maßstabes zu ermöglichen.

Und schließlich ist auf dem jungfräulichen Boden der großen Republik eine Bevölkerung zusammengeströmt und herangewachsen, die unbehindert durch so viele Fesseln der älteren Kulturen kräftigstrophend sich betheiligte auf allen Lebensgebieten. Nicht wird das amerikanische Volk niedergehalten und gelähmt in seinem Können und Vollbringen durch die Einrichtungen der Volksnechtung, wie sie im Reichreiche die Volkskraft unterbinden, in Rußland, das sonst ähnlich natürliche Vorbedingungen für die Entwicklung einer großen Kultur hat wie Nordamerika.

So sehen wir denn jetzt auch die Vereinigten Staaten, kaum daß wir sie kennen lernen, als die Kornkammer des alternden Europas, als exportirenden Industriestaat Platz nehmen in gleicher Linie mit Deutschland, Frankreich und England. Und spielend entwanden sie den Dreijack der altersschwachen Faust des einst weltbeherrschenden Spaniens.

Jetzt schon das Probirfeld des modernen Kapitalismus, wird Nordamerika in absehbarer Zeit das tonangebende Land der Weltindustrie, der Mittelpunkt des Welthandels sein.

Aber auch die Nachteile der kapitalistischen Wirtschaft entwickeln sich unheimlich schnell und riesenhaft auf dem unermeßlichen Boden der Riesenunternehmungen, der Riesenkapitalien. Der Zusammenschluß der Industriellen einzelner Betriebszweige zu Kartellen, die durch Beseitigung der Konkurrenz für die Unternehmer Ausbeutungsmonopole schaffen, ist nirgends weiter gediehen als in den Vereinigten Staaten. Es lohnt sich, diesen Erscheinungen, die auch für Deutschland theilweise Vorbildlich geworden sind, dauernde Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Eine Newyorker Zeitung giebt eine Aufstellung der Hauptmonopole und industriellen Kartelle, die auch für uns von Interesse ist. Diese Liste ergiebt für diese kombinierten Vereinigungen ein Gesamtkapital von über 2700 Millionen Dollars (1 Dollar gleich 4 Mark), welches sich auf 10 Branchen vertheilt.

Dabei sind noch nicht eingerechnet die verschiedenen Einzelkartelle in den Verarbeitungsindustrien. Manche dieser Kartelle sind erst seit Kurzem entstanden, andere wieder, wie der Säuren- und Chemikalientrust, sind gebildet, jedoch noch nicht in organisirter Thätigkeit in ihrem neuen Zustande der Konzentration.

Während der letzten sechs Monate sind mehr als hundert derartige großkapitalistische Zentralisationen in's Leben getreten, die verschiedene kleinere Gruppen in allen Zweigen der Industrie in sich aufnehmen, um eine vergrößerte Thätigkeit zu entfalten, den Absatz ihrer Erzeugnisse zu vermehren und — durch Konzentration des Ver-

kaufspreises derselben — den Geschäftsbetrieb profitabler zu machen.

Es läßt sich darüber streiten, ob diese in stetigem Anwachsen, in stetiger Zunahme an Macht und Einfluß begriffenen Kartelle zu dauernden und dann allmächtigen Einrichtungen der kapitalistischen Wirtschaft auszuwachsen werden oder ob die weiter fortschreitende Differenzirung der Industrie auch innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Kartellbildung entgegenarbeiten wird.

Thatsächlich haben wir jetzt mit der Erscheinung zu rechnen, daß gerade die Roh- und Massenprodukte in steigendem Maße den Kapitalistenbänden in die Hände gerathen. Gegen diese Monopolisirung wichtiger Bedarfsartikel regt sich in den Vereinigten Staaten schon eine starke Volksbewegung. Zudem die Kartelle ihre Macht zur Erweiterung des amerikanischen Absatzes im Auslande auszunutzen suchen, unterdrücken sie gleichzeitig im Inlande die kleineren Geschäftstreibenden, die entweder zu Grunde gehen oder in völlige Abhängigkeit von Kartellverwaltungen gerathen. Wachsende Erbitterung gewinnt in diesen Kreisen Platz.

Diesem kleinbürgerlichen Elemente der Opposition gegen die Unternehmungskartelle, das an sich zu schwach und erfahrungsgemäß zu unzureichend zum Widerstande auf wirtschaftlich politischem Gebiete zu sein pflegt, reihen sich aber auch die wirtschaftlich organisirten Arbeiter an, die von den Kartellen die Verstärkung ihrer eigenen Organisation befürchten.

In die kommenden Wahlkämpfe wird deshalb auch der Kampf gegen die Kartelle hineinspielen. Unmöglich ist es nicht, daß bei den leztverfloffenen Wahlen die republikanische Partei, die die Hauptstütze der schutzollbegierigen Kartellkapitalisten bildet, deshalb bereits einige Einbuße erlitten hat, obgleich ihr das Eintreten für die imperialistische Kolonialpolitik zu Statten kam. Künftig wird man aber in den Vereinigten Staaten lauter noch als bisher den Schlachtruf hören: „Nieder mit den Kartellen!“

Politische Humoyne.

Deutschland.

Ein Seiltänzerstückchen der „Post.“ Aus dem Dreyfußskandal in Frankreich versucht die „Post“ die Gründe für die neue Militärvorlage heranzuleiten. Wenn die Vorlage nicht angenommen werden würde, so sei ein „unglücklicher Ausgang eines Krieges für Deutschland“ zu befürchten, „mit Kontributionen für die Gemeinden“, wie sie die französische Invasion zu Beginn des Jahrhunderts auferlegte. — Kleine Kinder mag man wohl damit schrecken, aber nicht große Leute. Ein zweites 1887, wo man die Bevölkerung mit drohenden Kriegen schrecken konnte, ist heute nicht mehr möglich! Daß man aber zu solchen verzweifelten Beweismitteln greift, beweist, wie verlegen man in der Redaktion der „Post“ ist, die neue Militärvorlage sachlich begründen zu können.

Ueber die Kosten des nächsten Krieges veröffentlicht der frühere Handelsminister Jules Roche im „Figaro“ eine Studie, die sich durch Klarheit und scharfe Logik auszeichnet. Er legt dabei die Kosten des letzten großen europäischen Krieges, des Krieges von 1870/71, zu Grunde und kommt zu dem Resultat, daß der Unterhalt der mobilisirten französischen Armee pro Kopf 8 Francs 80 Centimes gerechnet, ungefähr täglich 25 Millionen Francs erfordern würde. Außerdem würden sich die erforderlichen Anschaffungen sofort auf einen Betrag von 2 Milliarden belaufen. Dabei ist natürlich die durch den Krieg herbeigeführte Stockung in den Geschäften nicht gerechnet. Auf einen sehr wichtigen Punkt aber weist Jules Roche hin. Das ist die Einrichtung der französischen Sparrassen, die nicht wie in Deutschland eine gesonderte Organisation haben, sondern in den Staatsklassen mit eingeklossen sind. Im Jahre 1870 waren es aber nur 600 Millionen, die das Publikum vom Staate zu rückfordern konnte und zurückgefordert hat. Heute sind es 4 1/2 Milliarden. Wo will der Staat diese hernehmen, fragt Jules Roche, „alle Welt plötzlich seine Einlagen zurückfordern und vorgebrungen zu rückfordern muß? Es bleibt nun nichts übrig, schließt Jules Roche seine Darlegung, als entweder unsere Finanzpolitik oder unser System der nationalen Vertheidigung zu

ändern. — Warum noch die Finanzpolitik oder das Vertheidigungssystem ändern, wo Roche selbst nachweist, daß die Völker insolge der ungeheuren Rüstungen am Ende ihres Lateins angekommen sind. Hier giebt es nur eine Rettung: Nie der mit dem Militarismus!

Zur Maßregelung des Assistenten am staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Leipzig, Dr. Runge, erklärt der gemäßigtere Dr. Runge jetzt selbst: „Professor Bücher hat mir am 14. Dezember 1898 früh halb 10 Uhr im unmittelbaren Anschluß an den Empfang des ersten Briefes von Geheimrath v. Scheel (Berlin) gesagt, ich solle meine Sachen so einrichten, daß ich zum 1. Januar 1899 gehen könne. Ich werde wohl selbst einsehen, daß er (Professor Bücher) unmöglich einen Assistenten gebrauchen könne, der parteipolitisch thätig sei. — Am Abend desselben Tages um halb 8 Uhr theilte mir Professor Bücher mit, daß er einen zweiten Brief aus Berlin erhalten habe, das mir einen Passus daraus vor und sagte, ich sähe wohl, wie viel Staub die Sache aufwirbele, er (Professor Bücher) erwarte, daß ich am 1. Januar 1899 gehe. — Darauf erwiderte ich, daß ich von meinem vierteljährigen Kündigungsrecht Gebrauch machen müsse, und daß ich mithin erst am 1. April 1899 ausscheiden könne. Ich leitete aus jenen Worten eine Kündigung für mich ab, die unter Berufung meinerseits auf mein Recht zurückgenommen wurde. Professor Bücher kannte am 14. Dezember 1898 Abends den Inhalt meines Artikels „Zur amtlichen Handelsstatistik“ noch gar nicht.“ — Wie man da die Maßregelung noch bestreiten kann, ist uns unbegreiflich.

Die Polizei im Kampfe gegen die Anarchisten. Die Berliner politische Polizei macht sich im Hinblick auf den gegen die Anarchisten bevorstehenden „Geheimbundsprozeß“ mit den Anarchisten wieder einmal viel zu schaffen. Zu der Expedition des „Sozialist“ fand eine Hausdurchsuchung statt, die zur Beschlagnahme einiger Schriftstücke führte. Die neuerdings in Deutschland wieder viel verbreitete Broschüre von Krapotkin: „Worte eines Rebellen“, wurde nicht vorgefunden. Bei derartigen Hausdurchsuchungen kommt in der Regel nicht viel heraus, wie denn überhaupt die ganze Anarchistenjagd, der man neuerdings mit Eifer obliegt, bisher gänzlich ohne Resultat geblieben ist. In Magdeburg ging die Polizei noch schroffer gegen die Anarchisten vor. Sämmtliche als Anarchisten bekannte Persönlichkeiten Magdeburgs wurden auf die Polizei beschieden, wo auf Grund eines Erlasses des Ministers des Inneren die Aufnahme ihrer Personalien erfolgte. Die gleichzeitig beabsichtigte Messung, wie sie bei Verbrechen vorgenommen wird, unterblieb wegen der energischen dagegen erhobenen Proteste. Die „Volksstimme“ kündigt eine Interpellation im Reichstage wegen des Vorganges an.

An anderen Orten hat die Polizei sogar die Messungen vorgenommen. Der Herausgeber der wissenschaftlichen Zeitschrift für Okkultismus „Der Eigene“ Adolf Brand in Neu-Rahnsdorf bei Berlin theilt dem „Berl. Tagbl.“ mit, daß er auf die Oberförsterei Köpenick citirt und dort noch Aufnahme seiner Personalien trotz seines Sträubens einer Messung unterzogen wurde. Wir glauben, bemerkt sehr richtig das Wochenschrift dazu, daß über die neue Aufgabe, die man der Polizei gestellt hat, sich Niemand mehr freuen wird als die Verbrecher, die es auf Leben und Eigenthum der Bürger abgesehen haben. Je mehr die Polizei sich mit „politischen Verbrechen“ beschäftigen muß, desto weniger kann sie sich der Aufklärung der gemeinen Verbrechen widmen.

Ein Kompliment Bismarck. Aeußerungen Bismarck's über Oesterreich, die im Privatgespräch mit Lothar Bucher gefallen sind, werden in großer Ausführlichkeit in der in Köln erscheinenden Wochenschrift „Das neue Jahrhundert“ veröffentlicht. Unter Anderem sagte Bismarck:

„Dann sein darf ein Privatmann lahm, aber dann Minister zu haben und ihre Dummheit nicht zu erkennen, ist das größte Unglück, das einem Fürsten treffen kann. . . . Andraffy war ein Mensch mit klarem Kopf und warmem Herzen, aber nachher ist es immer mehr bergab gegangen, und wenn es so weiter geht, dann kommen noch Premierminister in Oesterreich zum Vorschein, die so dumm sind, daß sie gar nicht einmal wissen, daß sie dumm sind — armes Oesterreich, ich glaube, deine Tage sind gezählt, und wenn wir es auch nicht mehr erleben werden, daß der große Krach stattfindet, kommt er — vielleicht noch eher, als man glaubt! Wenn in Oesterreich ein neues Ministerium gebildet werden soll, so fällt mir immer das Wort ein, das einst ein oberösterreichischer Landrath an die zur Schulgenwahl versammelte Gemeinde

richtete: Meine Herren, es ist nicht unbedingt nötig, daß man immer grade das größte Rudewich zum Schutze macht!

Dumme Minister giebt es also auch — natürlich nur in Oesterreich. Wer hat solchen unflätigen Gedanken bisher auch nur zu denken gewagt? Und dabei sind diese Minister, deren Dummheit Schwarz geradezu als Berufspflicht darstellt, nicht etwa Parlamentsminister, sondern Staatsdiener, welche die Weisheit eines Monarchen von Gottes Gnaden erwählt.

Das Urtheil des Auslandes. Der Berliner „Volkszeitung“ wird von ihrem Londoner Korrespondenten über die Beurtheilung der reaktionären Politik in Deutschland, besonders der neuesten Kollerei in Nordschleswig im Auslande geschrieben:

„Die deutsche Regierung scheint sich in der irrigen Meinung zu befinden, daß die fremden Staaten sich nicht um die innere Entwicklung Deutschlands kümmern, während im Gegentheil die Fortschritte der Reaktion in Deutschland auf das Schärffte beobachtet werden und eine Abweisung gegen Deutschland hervorgerufen, welche gefährliche Kräfte zu zeitigen gereizt ist.“

Der englische Konsul in Kopenhagen macht seine Landstente daran aufmerksam, daß noch niemals eine so günstige Gelegenheit geboten gewesen wäre, wie jetzt, den deutschen Handel aus Dänemark zu verdrängen. Dieser habe im vorigen Jahre 129 Millionen Kronen betragen, während England nur für 78 Millionen Kronen importirt hätte. Eine von 7000 Personen besetzte Versammlung der dänischen liberalen Partei hätte ausdrücklich den Beschluß gefaßt, auf die Ausweisungen aus Schleswig-Polstein mit der Boykottirung der deutschen Firmen zu antworten und die englischen Firmen zu unterstützen.

So geht den deutschen Kaufleuten durch die Politik deutscher Staatsmänner ein Handelsmarkt verloren, dessen vollständiger Gewinn für Deutschland, selbst nach Ansicht der englischen Presse, nur noch eine Frage der Zeit war.

Allerdings versucht die deutsche Regierung dafür ja Handelsmärkte in China und vielleicht auch in den bisherigen spanischen Kolonien zu eröffnen, doch diese Politik, die dem Fliegenlassen der Taube in der Hand, um den Spaten auf dem Dache zu fangen, verweist ähnlich, kann den deutschen Kaufleuten nur schwachen Trost gewähren. Den deutschen Exporteuren, die bisher der Regierung blindlings alle Forderungen zu bewilligen pflegten und die sich stellen, als wenn sie nichts von einer Reaktion im neuen Deutschen Reiche bemerken könnten, wird die empfindliche demonstratio ad oculos, welche ihnen jetzt zu Theil geworden ist, wohl die Augen öffnen. Es giebt Menschen, deren Verständnis erst durch eigene Leiden hervorgerufen werden muß, und zu diesen gehören die Herren, welche endlich auch einmal die Wohlthaten der Reaktion zu kosten bekommen.

Noch bedenklicher als der Verlust, den der deutsche Handel erleidet, ist übrigens meines Erachtens der Schaden, welcher dem deutschen Ansehen im Auslande durch die letzten Vorkommnisse in Deutschland widerfährt. Vor einiger Zeit berichtete ich, daß die „Daily News“, unter der Spitzmarke „Deutsche Freiheit“ die Verfolgung des Professors Delbald und die Verurtheilung des Malers Heine einer für Deutschland wenig schmeichelhaften, aber leider nicht zu widerlegenden Kritik unterzogen hätten. Neuerdings bringt das einflussreiche radikale Blatt „Reynolds“ über diese beiden Vorkommnisse einen Artikel, der sich nur auszunehmend wiedergeben läßt. Reynolds fordert seine Leser auf, sich einmal vorzustellen, was in England geschehen würde, wenn man einen Professor der Universität Oxford wegen einer Kritik der englischen Politik verfolgen und einen Zeichner des Bigblosses „Bunch“ wegen einer Karikatur der Königin verurtheilen wollte.“

Der Wunschzettel der Baumeister. Der „Verein der Baumeister deutscher Baugewerksmeister“ hat eine Reihe von Eingaben an den Reichstag gerichtet. Die erste Witschrift — die von uns bereits mitgetheilt und kritisiert wurde — verlangt nicht weniger, als daß in den §§ 222 und 230 des Reichsstrafgesetzbuches für das Vergehen der fahrlässigen Tödtung oder Körperverletzung die Festungshaft neben der Gefängnisstrafe wahlweise zugelassen werden soll bei solchen Fällen, wo dem Thäter eine ehrlose Stimmung vollständig fern lag und überwiegend nur ein unglückliches Zusammenstoßen verschiedener zufälliger, aber nicht voraussehbarer Ereignisse die Unfallursache abgab. Also: die Baugewerksmeister verlangen für sich die Festungshaft, während sie für die Arbeiter am lautesten nach Zuchthausstrafen schreien. Weiter kann man die Unverschämtheit wahrlich nicht treiben. — Eine zweite Witschrift tritt für den öffentlich-technischen Zwang zur Immobilienversicherung ein, um dadurch die Versicherungsprämie herabzudrücken, die jetzt von den zu einem Ringe vereinigten privaten Feuerversicherungsgesellschaften im Interesse möglichst hoher Dividenden sehr gesteigert worden sei. Gegen die Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit haben die Baugewerksmeister an sich nichts einzuwenden, sie sprechen sich aber dagegen aus, daß diese neue Art der Versicherung an die Unfallversicherung angeknüpft werde und daß etwa die Arbeitgeber zu Beiträgen dafür veranlaßt werden sollen. Ach wie uneigennützig! Wie arbeiterfreundlich ist man — wenn es nichts kostet! — Nach einer dritten Eingabe sollen die Grundstücks- und Hypothekensmakler der Konzeptionspflicht unterworfen werden. — Bezüglich der Hypotheken-Banken wird die Einführung von Amortisationshypotheken, deren Tilgungsdauer der Bauart des Hauses angepaßt werden soll, verlangt. Endlich beantragt der Verband der Deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften, daß den Ansprüchen der Baugewerksberufsgenossenschaften auf Umlagebeiträge und deren Versicherungsanstalten auf Prämien das Vortzugsrecht der Reichskonkurrenzordnung zugewilligt, auch neben der persönlichen Haftung des Bauherrn und eines etwaigen Zwischenunternehmers die dingliche des Baugrundstückes mit der Wirkung anerkannt werde, daß diese in der Rangordnung der Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen bezw. der öffentlichen Lasten des Grundstückes wegen der laufenden und der aus den

letzten zwei Jahren rückständigen Beiträge zur Gebung kommen.

Patrioten als Staatsfeinde. Das Vorgehen des preussischen Kriegsministers gegen den Leipziger Veteranenverband hat bereits gewirkt. Aus Spanien wird berichtet:

Der Verein der Veteranen aus den Feldzügen 1864 bis 1870/71 in Spanien hat seinen Antritt als dem Leipziger Veteranenverband beschloffen. Der Verein besteht aus größten Theil aus Arbeitern der Militärwerkstätten.

Diese Arbeiter durften freilich den Willen des Herrn Kriegsministers nicht ignoriren, wollten sie nicht als Veteranenbündler, ebenso wie es mit sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern der Staatsbetriebe geschieht, in Acht und Bann gethan und aus der Arbeit vertrieben werden.

Was dem deutschen Kolonialgebiet. In der „Kolonial“ in der „Deutschen Kolon. Zeitung“ wird aus Swakopmund in Deutsch-Südwestafrika gemeldet, daß die Deutschen untereinander sich nur zu sehr von einander entfernt hielten. „Die erste Klasse besteht nur unter sich und in ihrem Regellab; die kleineren Angehörigen bilden die zweite Klasse, die Handwerker die dritte. Nur der Kriegerverein war bisher international, doch ziehen sich jetzt auch hier die höheren Chargen zurück. Bei solcher Uebertragung der alten Heimath nach hier kann man sich denn nicht wundern, wenn auch die Lust zu streifen sich nach dort verpflanzt hat. Dann meldet die „Kol. Bzg.“ noch aus Swakopmund: „Die im Oktober angekommenen 120 Bahnarbeiter wurden von den alten Bahnarbeitern, die ihre Aussichten verringert glaubten, aufgebracht zu einem Streik, der nach zwei Tagen mit ihrer Niederlage endete.“ In der letzten afrikanischen Witschrift war die bevorstehende Ankunft dieser deutschen Bahnarbeiter freudig begrüßt worden, da das aus Kapstadt geholte „Arbeitsmaterial“ sich als unzuverlässig erwiesen hätte. Nun kommen die deutschen, stehen aus (die Ursache des Streiks ist nicht klar zu ersehen, sie werden wohl, nachdem für die Dinge mit eigenen Augen gesehen, bessere Arbeitsbedingungen gefordert haben) und unterliegen. — Muss nun nicht die Zucht hausvorlage kommen, wenn sogar die in den Schwarzen Gebieten expedirten Arbeiter, ihrer „hohen“ kolonialpolitischen Aufgabe verständig, rücksichtslos sich ihrer Haut wehren und streifen!! Nach dem amtlichen „D. Kol. - Bl.“ ist auf Grund der allerhöchsten Verordnung vom 10. April 1898, betr. die Schaffung von Eingeborenenreservaten in Deutsch-Südwestafrika das dem Witbooi-Stamm gehörige Gebiet um Nartmond und Kalfsoolen von dem kaiserlichen Gouverneur zu Windhoek für ein Reservat ihres Stammes erklärt worden. Das fragliche Gebiet ist etwa 1,2 Quadrat-Meilen groß. — Krieg gegen Frauen und Kinder. Mordreiche Thaten haben „wir“ in Kamerun vollbracht. „Wir“ unternahmen eine Strafexpedition gegen den Witschongastamm in Kamerun. Die Witschongas entflohen. Ueber 70 Frauen und Kinder hatten nicht mehr entkommen können und wurden gefangen genommen. Kennt man das deutsche Kultur nach Afrika tragen?

Die Invaliditäts- und Altersversicherung. Nach der dem Reichstag für 1897 vorgelegten Nachweisung waren am Schlusse des Jahres verlebende 203.072 Altersrenten mit einem abzüglich des Reichszuschusses zu berechnenden Jahresbetrage von 15.258.718,56 M. und 206.245 Invalidenrenten mit einem entsprechenden berechneten Jahresbetrage von 13.684.093,99 M. — Die Gesamt-Einnahme aus Beiträgen belief sich mit Einschluß der Beiträge für Seelen auf 104.606.528,71 M. Die Zahl der verlebten Beitragsmarken beträgt rund 105 Mill. in Lohnklasse I, 186 Millionen in Lohnklasse II, 119 Millionen in Lohnklasse III und 81 Millionen in Lohnklasse IV; an Doppelmarken werden rund 453.000 als verkauft nachgewiesen. Es wurden im Jahre 1897 an Alters- und Invalidenrenten zusammen 31.371.392 M. gezahlt. An Verwaltungskosten sind angewendet worden 6.542.378,24 M., was für den Kopf der Versicherten eine Ausgabe von etwa 0,61 M. ergibt oder 5,47 pCt. der Gesamt-Einnahme an Beiträgen (der erhobenen Prämie) ausmacht. Bei den Eisenbahn- und Knappschafz-Pensionskassen war 1897 verlebten ein Bestand von 4376 Altersrenten-Anteilen mit 427.449,83 Mark Jahresrente und 13.229 Invalidenrenten-Anteilen mit 913.121,77 Mark Jahresrente. Der Vermögensbestand der Versicherungsanstalten einschließlich des Werths der Inventarien belief sich bei Ablauf des Jahres auf 538.964.526,71 M., wovon bis dahin 53.562.668,44 M. dem Reservefonds (§ 21 a. a. D.) überwiesen worden sind. Die durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen erfolgt mit 3,49 Prozent gegenüber der 3,53 Proz. im Vorjahre. Der Durchschnittssatz der Altersrente, welcher für die im Jahre 1891 begonnenen 123,57 M. betrug, ist für die im Jahre 1892 beginnenden Renten auf 127,84 M. und für die im Jahre 1893 beginnenden auf 129,50 M. gestiegen, dagegen für die im Jahre 1894 beginnenden auf 125,68 M. zurückgegangen und hat sich für die im Jahre 1895 beginnenden Renten wieder auf 132,00 M., für die im Jahre 1896 beginnenden auf 133,89 M. und für die im Jahre 1897 beginnenden auf 137,88 M. gehoben. Dagegen hat die Durchschnittshöhe der Invalidenrente, welche sich für die im Jahre 1891 beginnenden Renten auf 113,39 Mark belief, für die im Jahre 1897 beginnenden Renten den Betrag von 127,89 M. erreicht. An Beitrags-Erstattungen wurden festgesetzt: 99.816 Erstattungen in Fällen von Verheirathung im Betrage von 2.618.472,54 M. und 20.116 Erstattungen in Todesfällen im Betrage von 712.970,15 M. Die durchschnittliche Höhe des auf jeden Erstattungsfall kommenden Betrages berechnet sich für sämtliche Anstalten zusammen auf 26,23 M. gegen 23,74 M. im Vorjahre in Fällen von Verheirathung, 35,44 M. gegen 31,33 M. im Vorjahre in Todesfällen.

Ueber die Geschäftspraxis der Neu-Guineakompagnie erhält die „Koln. Volkszeitung“ von einem Deutschen, welcher die Verhältnisse auf Neu-Guinea aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, recht beachtenswerthe Mittheilungen. Auch auf Neu-Guinea, welches günstige Häfen hat, sich durch außerordentliche Fruchtbarkeit auszeichnet, ist bisher fast nichts erreicht worden. Der Grund dafür liegt ausschließlich in den ultra-bureaukratischen Verwaltungsgrundsätzen der Neu-Guineakompagnie. Sie sind nach berühmten Mustern streng monopolistisch. Die Kom-

pagnie übt in Folge der ihr vom deutschen Reiche erteilten Schutzbriefe die Hoheitsrechte im Lande aus. Sie hat allein das Recht, herrenloses Land in Besitz zu nehmen. Wer also in ihrem Gebiete Land erwerben will, darf das Auge nicht auf einen Ort oder auf eine Insel werfen, welche ein für alle Mal der Neu-Guinea-Kompagnie vorbehalten ist und deshalb für gewöhnliche Sterbliche unantastbar bleiben muß. Er muß anderswo hingehen. Ist er dann über den Preis des Grundstückes einig geworden, so wird alsbald der Kaufvertrag geschrieben, aber, wohlgeachtet, nicht auf den Namen des Ansiedlers, sondern das Land wird zunächst Eigentum der Neu-Guinea-Kompagnie! Bei nächster Gelegenheit, die bei den dortigen geringen Verkehrsmitteln allerdings oft noch mehrere Wochen ausfallen kann, wird das Aktensstück der Landesverwaltung eingehandt mit dem Grundbesitzer, der Beamte möge das betreffende Stück Land für einen zu bestimmenden Preis an den Ansiedler von Neuem verkaufen. Der im Schutzgebiete residirende Landbesitzer hat nun ein Problem zu lösen, welches nur ein kommunistischer oder staatsverrückter Beamter und in Sachen von Landesveränderungen von Fall zu Fall an die Zusage des obersten Leitungs der Kompagnie in Berlin gebunden! Er kann also nicht weiteres thun, als das Mitgeschick an die richtige Adresse nach Berlin befördern. Nach vier bis sechs Monaten kann dann vielleicht eine Antwort eingetroffen sein, die unter Umständen — ablehnen dürfte. Dann kann der glückliche Ansiedler wieder von vorn anfangen. Da ist es erklärlich, daß sich noch kein Pflanzler im Schutzgebiete — wenigstens bis vor einigen Monaten nicht — niedergelassen hat, seit die Neu-Guinea-Kompagnie dort das Regiment führt.

Keine politische Nachrichten. Die Kommission für die Bearbeitung des deutschen Arzneibuches ist Dienstag in Berlin zusammengetreten. Der Entwurf des Vorschlags ist dem Vorschuss zugewandt. Nach dem Vernehmen der „Nationalztg.“ befindet es sich, daß derselbe die Erhöhung des Grundkapitals, die Erzeugung des kaiserlichen Notensortiments und eine anderweitige Vertheilung des Gewinns zwischen dem Reiche und den Anteilseignern, so daß der Gewinntheil des Reiches größer wird, vorschlägt. Ein Berichterstatter meldet, im preussischen Justizministerium sei ein Gesetzentwurf angebracht worden betreffend die Haftung des Staates, der Gemeinden und anderer kommunal-Verbände für die Verfehlen der Beamten. Die Vorlage habe die Zustimmung des Staatsministeriums bekommen und solle dem Landtage zugleich mit dem Etat gehen. — Zur Revue über die Invaliditätsversicherung hat Abg. Schmidt-Warburg in einer Verhandlung, welche der Verein „Arbeiter-Schutz“ in Berlin am Sonntag abhielt, erklärt, daß das Zentrum nicht dafür zu haben sein werde, wenn verliert werden sollte, das Defizit der öffentlichen Unfallversicherungsanstalten den öffentlichen Versicherungsanstalten aufzuladen. Das Weltstimmungsgeld, das halbjährig für die eingetragenen Standorte der preussischen Armer auf Grund der Weizsäcker, Aktuarien- und statistischen Festsetzung wird und somit einigen Anhalt für die Bekämpfung der Lebensmittelpreise bietet, ist für das erste Halbjahr 1899 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1898 für Gemeinde in 120 Standorten erhöht und nur in 87 herabgesetzt, während es in 118 ebenso hoch wie im vorigen Halbjahr geblieben ist. Die Erhöhungen betragen an 59 Orten 1 Pfennig für den Mann und Tag, an 38 Orten 2 Pfennig, an 15 Orten 3 Pfennig, an 4 Orten 4 Pfennig, an 3 (Glauburg, Sprottan, Müden) 5 Pfennig und an 1 Ort (Marxenwerder) 7 Pfennig. Die Herabsetzungen betragen an 62 Standorten 1 Pfennig, an 21 2 Pfennig und an 4 3 Pfennig. — Von der Biethensache. Die Verhandlung gegen Graf Landauer und Franz Hubert wegen Verleumdung des Oberbergrathen Gotschalk findet am 11. Januar vor dem Berliner Landgericht statt. Der Straf Antrag ist gestellt von Seiten Gotschalks und von Seiten der Regierungspräsidenten von Rosen. Als Zeuge ist von der Staatsanwaltschaft der Kommissar Gotschalk geladen. — Auch gegen weibliche Ausländer richtet sich die Ausweisungspolitik. In Danten (D. Sch.) ist längst ein seit längerer Zeit in einem Modewaarengeschäft thätig gewesenes Fraulein ausgewiesen worden. Sie war allerdings Oesterreicherin, daß sie indess sonst irgend einen Anlaß zur Ausweisung gegeben habe, davon ist nichts bekannt. — Im Zusammenhange mit der Umgestaltung Danzigs in einen Freibeit wird nach der „Allg. Schiffsahrtztg.“ projektiert, die Ausfuhr russischen Fleisches im großen Stille zu organisiren, und zwar sollen sich die Sendungen in erster Linie nach England richten. Wir könnten es auch brauchen. — Aus dem Kriegerverein Vengow im Kreise Danneberg werden nach dem „Hann. Courier“ zwei Mitglieder ausgeschlossen, welche bei den letzten Wahlen öffentlich für den welfischen Kandidaten agitirt hatten. — Bis in das Meeres werden in Rußland zu den verbotenen Schiffen gerechnet. Die Zensur hat vor einigen Tagen den Verkauf des Werkes „Gedanken und Erinnerungen“ unterlag. Das ist eigentlich zu viel Ehre für den „Peros“.

Frankeich.

Zur Dreifus-Affäre. Der „Siecle“ erklärt, versichern zu können, daß der Kassationshof auf die Spur neuer Fälschungen diplomatischer Schriftstücke gebracht sei. Diese Schriftstücke gingen auf das vorige Jahr zurück, sie seien der Art gewesen, der Wahrheit auf die Spur zu kommen, aber absichtlich so abgeändert worden, daß sie eine dem wirklichen, von ihren Unterzeichnern ausgedrückten Sinne entgegengesetzte Bedeutung erhalten sollten. Durch die Vergleichung einer von dem Schriftführer des Auswärtigen Amtes unternommenen Arbeit und der analogen Arbeit des Nachrichtenbureau aus dem Kriegsministerium sei die absichtliche Fälschung bemerkt worden. Der Kassationshof soll zu der Aufklärung der Fälschungen den früheren Generalstabschef Louth vorgeladen haben. Wie man der „Voss. Bzg.“ meldet, kündigt der sozialistische Abg. Breton eine Anfrage an den Justizminister über die geheimen, besonders geheimen, höchst geheimen und allergerheimsten Schriftstücke in der Dreifus-Affäre an.

Das Zuchtpolizeigericht verurtheilte die Gräfin Martel, die unter dem Namen „Gyp“ schreibt, wegen ihres jüngst erschienenen Buches, worin der Senator Trarieux verleumdet wird, zu 5000 Frks. Geldstrafe. Das Urtheil wird in sechs Pariser und in zehn Provinzialblättern veröffentlicht.

*Entn. Die Anmeldungen zur Rekrutierungs-Stammrolle haben vom 15. Januar bis zum 1. Februar bei Vermeidung von Strafe zu erfolgen.

Heiligenhafen. Unsere Gegner an der Arbeit. Im Dezember haben die Konservativen über- all im Kreise Oldenburg Kalender aus dem Verlage des satfam bekannten christlichen Zeitschriftenvereins ver- schenkt. In Oldenburg sowohl, wie hier, besorgen diese erbauliche Arbeit die Polizisten, auf dem flachen Lande Diener der Amtsvorsteher und die Ortsvorsteher. Die Arbeit wird sehr sorgfältig verrichtet, fast keine Familie wird überschlagen. Die Kalender haben einen nominellen Werth von 25 Pfg. Sie sind mit vielen Bildern ver- sehen, der „Patriotische Kalender“ nur mit militärischen. Das „Volkblatt für Schleswig-Holstein“, welches im gleichen Verlage erscheint, kommt in der Provinz wöchent- lich in Tausenden von Exemplaren gratis zur Verthei- lung. Die Kosten tragen durchweg die Kreis aus- schüsse. In der Neujaarsnummer dieses Blattes befindet sich eine Notiz, welche den von uns vertheilten „Nordd. Volkskalender“ betrifft. Derselbe soll nach dem alten Schema verfaßt sein, „in dem Erregung von Un- zufriedentheit, gemissentlose Verhöhnung und Herabwürdigung aller vaterländischen Zustände und Einrichtungen die Stichworte bilden. Glücklicherweise hat man in unserer Gegend in den letzten Jahren von anderer Seite auch die Verbreitung gesunden und vaterländischen Ka- lendermaterials energisch gefördert, so daß die sozialdemo- kratischen Plunkereien jedenfalls nicht unumwiderrprochen ins Land gehen.“ Man sieht: unser Kalender liegt den Herren schwer im Magen.

Heiligenhafen. Die Interessentlosigkeit der hiesigen Einwohnerschaft ist erschreckend, auf politi- schem und gewerkschaftlichem Gebiete sowohl, wie auf kommunalem. So wurden im Dezember zwei auswei- sende Stadtverordnete mit 17 bezw. 15 Stimmen wie- dergewählt. Das in einer Stadt von 2300 Einwohnern, wo noch alle Arbeiter das Kommunalwahlrecht haben!

Fehmarn. Werthvolle Alterthümer. In den Kirchen zu Petersdorf und Sandkirchen hat der Konservator der Schleswig-holsteinischen Alter- thümer, Professor Haupt in Schleswig, werthvolle Wandgemälde entdeckt. Der Hauptaltar der Kirche zu Sandkirchen ist an das Thantow-Museum in Kiel für 800 Mk. verkauft worden.

Hamburg. Die Speicher- und Lager- arbeiter nahmen in einer Versammlung Stellung zu dem von den Unternehmern ausgearbeiteten Lohnauf- satz, der am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Abge-

meint wurde es übel empfunden, daß von den Arbeitern Niemand zur Ausarbeitung des Tarifs hinzugezogen wurde. Man erblickt in dem Tarif bei einigen Positionen eine Herabsetzung des Lohnes und auch Verlängerung der Arbeitszeit. In einer längeren Resolution haben die Arbeiter ihre Einwände geteilt gemacht und den Be- schluss den Unternehmern unterbreitet. Des weiteren wurde beschlossen, daß sich die Arbeiter bei irgend welcher Vorklärung sofort an das Gewerbegericht wenden sollen.

Melbör. Wöhr Di, Gard', de Buur de tummt! Auf der Dufend-Düwelswarf bei Hem- mingsstedt soll zum Andenken an die am 17. Febr. 1500 dort erfolgte Schlacht, in welcher die holsteinischen Knechtlinge von den Dithmarscher freien Bauern überder- liche Gieße bekamen, ein Denkmal errichtet werden.

Glensburg. Der Maurerstreik ist beendet. Einen Erfolg hat der lang andauernde Kampf den Strei- kenden nicht gebracht, sie sehen sich besonders im Hinblick auf die jetzt in Eube gerade Bauzeit genöthigt, den Streik aufzugeben.

Hadersleben. Die Köllersche Schrecken- politil wird unvermindert und ungemindert fortge- führt. — Wiederum sind 24 Personen, Handwerks- gesellen, Kommiss, Lehrlinge, Knechte, Mägde, deren Dienstherren an einer Versammlung des dänischen Kommunalvereins theilgenommen hatten, in der der Abgeordnete Hansen Erwähnung über die Aus- weisungen gesprochen, auf das Polizei-Amt beschirmt worden. Es wurde ihnen mitgetheilt, daß sie ausge- wiesen werden sollen, daß sie jedoch der Ausweisung ent- gehen könnten, wenn sie in den Dienst Deut- scher träten. Daß viele schmächtige Politik, ganz sich unschuldige Personen außer Landes zu jagen, ihren Zweck völlig verfehlt, zeigt die Thatsache, daß der dänisch-protestantische Verein zu Hadersleben in der jün- gsten Zeit von 300 auf 400 Mitglieder angewachsen ist. Und da schwärzt die „Kreuz-Zeitung“ davon, „die kost- volle Politik“ des Herrn v. Köller wirke „beruhigend“.

Hbz. Hurrah! Dem Kriegerverein zu Siggel- kow ist aus den bekannten Gründen die Fahne ent- zogen worden.

Aus Nah und Fern.

Essen. Am 28. Dezember verurtheilte das Schöff- gericht den Genossen Düwll wegen eines Notiz im Wdruf zu 20 Mk. Geldstrafe. In der Notiz wurde behauptet, die Essener Polizei habe sich Vorwürfe machen lassen, ohne dagegen vorzugehen. Darn wurde eine Be- ledigung der Polizei ertitelt. Der Angeklagte trat den

Wahrheitsbeweis für die Notiz an, und das Gericht lehnte daraufhin den Antrag des Amtsanwalts auf drei Wochen Gefängniß ab und hielt die angegebene Geld- strafe für ausreichende Sühne.

Vorzeigen! Dr. Sigl schreibt im Bayerischen „Vaterland“: „Ein fürchterliches Anarchistennest scheint das Bezirksamt Regen in dem so harmlosen Bayerischen Wald zu sein. Ein Ausschreiben des Bezirks- amtes beauftragt nämlich die Ortspolizeibehörden des Amtsbezirks von jedem erfolgten oder zu erwartenden Zugang eines — Anarchisten sofort dem Bezirksamt Mittheilung zu machen. Nur einmal möchten wir einen solchen Anarchisten aus dem Bayerischen Wald sehen!“

Briefkasten.

Freitag 8 Uhr.

Stadttheater. Die neue erworbene Novität „Führ- mann Hentschel“, Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Haupt- mann, gelangt am hiesigen Stadttheater wie bekannt am Freitag zum ersten Male zur Aufführung. Die Titellrolle spielt Herr Jacoby, sämtliche übrigen Rollen sind mit den besten Kräften des Schauspiel-Ensembles besetzt. Die Regie führt Herr Dr. Oberländer. Als vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen gelangt am Sonnabend „Johannes“ von Sudermann zur Aufführung für Sonntag Nachmittag ist nochmals, zum letzten Male in dieser Saison, das reizende Weihnachtsmärchen „Ene Wittchen und die 7 Biberge“ angelegt.

Wilhelmtheater. Das siebente Gastspiel des Stadttheater- ensembles findet am Sonntag, den 8. d. Mts. statt und zwar ge- langt zur Aufführung Ph. Langmanns Drama „Bartel Turaser“, welches bei seinen Aufführungen im Stadttheater große Erfolge davongetragen hat. Die Besetzung der einzelnen Rollen ist dieselbe wie bei den Aufführungen im Stadttheater. — Willes hat schon vor heute ab bei Herrn Cowalsky, Sandstr., zu haben.

Handverkäufe. Durch Vermittlung des Walfers Heintz. Sorce wurde das Hans Fleischhauerstraße 72 von Herrn F. Udem an Herrn S. Vogt, und die Eube Vegelienstraße 69/70 von Herrn Braune an Herrn Sahr verkauft.

Streichholz-Verkauf.

Hamburg, 4. Januar.

Die Schwibbelkerze verliert langsam. Zugeliefert wurden 500 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 51—52 Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 45—50 Mk. und Kerze 51—52 Mk. pr. 100 Pfg.

Seeberichte.

- D. „Eibe“, Kapt. Krellenberg, ist am 4. Januar in Rostock ange- kommen
- D. „Burg“, Kapt. Thiel, ist am 4. Januar von Wilkau nach hier abgegangen
- D. „Regie“, Kapt. Sjöman, ist am 4. Januar in Hangö ange- kommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Nachruf.

Am 2. Januar verstarb im 22. Lebensjahre an der Proletarier-Krankheit unser treues Mitglied

F. Steffen.

Ehre seinem Andenken!

Verband der Werftarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Freundliches Logis zu vermieten.

Näheres Sadowstraße 19, 2. Et.

Freundliches Logis Ludwigstr. 37a.

Eine Wohnung mit Laden, wo jetzt eine gute Krämerei betrieben wird, ist zum 1. April für 270 Mark zu vermieten oder auch zu verkaufen. Näheres Biegelstraße 1 f.

Zu Ostern ein Schmiedelehrling.

A. Otto, Schmiedemeister, Lübeck.

1 complete Ladeneinrichtung f. Krämerei zu verkaufen

Engelsgrube 63.

Zu kaufen gesucht

Betten, Bettstellen, Matratzen.

Offerten unter A A an die Exped. d. Bl.

Arbeitergarderoben, Hemden, Hosen, Voden-Toppen, Hüte, Mützen, wollene Westen, Unter- hosen, Patent-Jacken, Boh- Jacken, Socken, Strümpfe usw. empfiehlt billigst

Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Von heute an kostet

Merkeinste Tafel-Butter

Mk. 1.20.

Schöne frische Hofbutter

Mk. 1.10—1.15 frei Haus.

Butterhandlung von Th. Storm

Rönigstraße 98.

Gesellschaftshaus Adlershorst.

Bringe meine der Neuzeit entsprechend eingerichteten Lokalitäten den Vereinen, Clubs und Gewerkschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten in freundliche Erinnerung. Der Saal enthält die große Tanzfläche von 375 qm, außerdem noch 600 Sitzplätze.

J. Griesbach.

Der Versand

unseres

Bock-Bieres



beginnt

am 6. ds. Mts.

Hansa-Brauerei.

Joh. Uter & Co.

Briefbogen u. Briefumschläge

Couvert's mit Trauerrand, Contobücher u.

empfeilt die

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Folker's

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25

empfeilt

gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Kinder-, Mädchen- u. Damen-Fußzeug, Filzschuhe, Filzpantoffeln, Preeker Arbeits- und Schaststiefel, Holzschuhe u. s. w. u. s. w.

empfeilt billigst

Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Auffallend billig.

Ganzes Kleid

für Mk. 7.50

bestehend aus Rock und Blusenhemd, beides ganz gestütert.

Gebr. Hirschfeld

Breitestraße 59 a.

Schiffholz, sad- und anderweise, hat abzugeben

C. Carlsson, Engelsgrube 63.

Niesiger Jubel

herrscht wieder im

Circus Variété

Die tollen Rekturier Abore und Campion. Der ausgezeichnete weißl. Komiker Billy Durant. Der Mann mit 100 Köpfen Gottfried Roggen. Diese Woche: Zola! (In Vorbereitung: Geibel! — Drehfus!) dazu Kalenberg als Schlittenbach n. der gesamte großart. 8. Spielplan. Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr. Billets bis 6 Uhr im Vorverkauf ermäßigt.

Wilhelm-Theater.

Sonntag den 8. Januar. Anfang 7 Uhr.

7. Gastspiel des Stadttheater-Ensembles. **Bartel Turaser.**

Drama in 3 Akten von Ph. Langmann. Der Biltetvorverkauf befindet sich bei Herrn Cowalsky, Sandstraße.

Stadttheater in Lübeck.

Freitag den 6. Januar. Neuheit! Zum 1. Male: Neuheit!

Fuhrmann Hentschel. Schauspiel in 5 Akten von G. Hauptmann. Sonnabend den 7. Januar. Volksthümliche Vorstellung zu kleinen Preisen.

Johannes.

Zum 50jährigen Bestehen der Schwurgerichte.

(Nachdruck verboten.)

In den erdringlichsten Forderungen, welche im Jahre 1848 in Preußen von dem Volke erhoben wurden, gehörte die Einführung der Schwurgerichte in die Rechtspflege. In West- und Süddeutschland und in der Rheinprovinz bestanden dieselben noch aus der Zeit des Königsreichs Westfalen her, wie denn überhaupt dort noch meistens der sog. Code Napoléon in der Rechtspflege zum Grundlag genommen war. Schon lange gingen aber, da sich die Schwurgerichte am Rhein durchaus bewährt hatten, den 4. März 1848 des Volkes Wertschätzung, diese Gerichte zugleich mit dem mündlichen öffentlichen Verfahren allgemein in der Rechtspflege eingeführt zu sehen. Namentlich fanden aber die Schwurgerichte Vorläufer in den Kreisen der Germanisten, welche darin Anknüpfungspunkte an die alte deutsche Gerichtsverfassung, wo noch durch gewählte Schöffen das Urteil (uom) auf der Wal- oder Dingstätte gesprochen wurde, finden wollten. Der im Jahre 1847 in Lübeck tagende Germanistenkongress sprach sich deshalb bereits für die Einführung der Schwurgerichte aus, aber erst die Volkserhebung von 1848 ließ diese Forderung gleich dem Meeresschaumen anschwellen, so daß König Friedrich Wilhelm IV. bereits am 21. März 1848 in der Proklamation: „An mein Volk, an die deutsche Nation!“ die Zusicherung gab, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, einzuführen.

Manche andern Besprechungen, die in dieser Proklamation gemacht wurden, sind niemals erfüllt worden, aber die Zusage hinsichtlich der Schwurgerichte ging in dem weitesten Umfang in Erfüllung, denn auch die politischen und Pressvergehen wurden durch die am 5. Januar 1849 erfolgte Einführung der Schwurgerichtsbarkeit derselben zur Aburtheilung unterstellt. Die Hoffnung des Volkes, daß sich gleich im Anfang hinsichtlich der politischen und Pressvergehen die neue Institution, das Kind der Revolution, bewähren würde, erwies sich freilich als trügerisch. Dies lag aber nicht an der Einrichtung der Schwurgerichte an sich, sondern an dem Umstand der Zusammensetzung der Geschworenen. Damals, wie heute, stellen die Gemeinden alljährlich die Urlisten für die Geschworenen auf und aus diesen heraus wurde dann im Wege der Sichtung durch gerichtliche Beamte, Verwaltungsbeamte und unabhängige Bürger die sog. Vorschlagsliste festgestellt. Bei den gemeinen Verbrechen die jetzt lediglich zur Kompetenz der Schwurgerichte gehören, hat dieser Modus kaum etwas Bedenkliches. Anders war es aber im Jahre 1849, wo die politischen Parteiströmungen bei der Zusammensetzung der Geschworenen erheblich mitwirkten, weil, wie erwähnt, damals auch die politischen und Pressvergehen vor ihr Forum gehörten. Der damalige Berliner Volkspräsident von Hinkeldey hatte es vorzüglich verstanden bei Feststellung der Geschworenenliste diejenigen Elemente fern zu halten, die nur einzuwirken in dem Ruf standen, regierungsfeindlich zu sein.

Der erste Prozeß, der in Preußen, außer Rheinland, vor einem Schwurgericht verhandelt wurde fand in Berlin

am 14. Mai 1849 statt und war ein politischer Pressprozeß. Angeklagt war der bekannte Schriftsteller Nob. Springer wegen Majestätsbeleidigung. Er hatte am 7. November 1848 in der Heidschen „Lokomotive“ einen fulminanten Artikel mit der Ueberschrift: „Unden Tyrannen“ veröffentlicht. Der Artikel sollte sich seinem ganzen Inhalt nach auf König Friedrich Wilhelm IV. beziehen, was Springer indessen in Rede stellte, vielmehr den Artikel als eine Dichtung, als ein freies poetisches Erzeugniß der Phantasie hinstellte. Die Verhandlung leitete der Direktor Paradowski, als Staatsanwalt fungierte der Ober-Staatsanwalt Feth, Verteidiger der Angeklagten waren Justizrath Knecht und Dr. Stieber, der damals noch ein großer Demokrat war, später aber als Polizeirath in unglücklichem Sinne viel genannt wurde. Der Zuhörerraum war bei dieser ersten Sitzung des Schwurgerichts überfüllt; man erwartete das Nichtschuldig gegen den Angeklagten und war nicht wenig überrascht, daß derselbe schuldig gesprochen und zu 2 1/2 jähriger Festungszust, sowie zum Verlust der Nationalfarbe verurtheilt wurde.

Von da ab fielen die Urtheile der Schwurgerichte in politischen Prozeßen immer zu Gunsten der Regierung und der konservativen Partei aus, ja selbst bei solchen Prozeßen, wo das Beweismaterial ein schwaches war, und ordentliche Richter sicher auf Freisprechung erkannt hätten, gelangten die Geschworenen zum Schuldigspruch.

Erst später, als sich die hochgehenden Wogen der Revolution und der darauffolgenden Gegenrevolution mehr geglättet hatten wurde die Verhältnisse anders. Den Anstoß dazu gab der allgemein bekannte Prozeß Waldeck, der vor dem Schwurgericht in der Zeit vom 28. Novbr. bis 3. Dezemb. 1849 stattfand und mit der von dem Oberstaatsanwalt Selzer selbst beantragten Freisprechung Waldecks endete. Auch am 1. Februar 1850 fand in Berlin vor dem Schwurgericht der sogenannte Steuerweigerungsprozeß statt. 42 Abgeordnete standen auf der Anklagebank, sie sollten nicht nur den Steuerverweigerungsbeschuldigt verurtheilt, sondern auch 4 von ihnen zur Ausübung des Beschlußes direkt zur Anwendung wirklicher Gewalt aufgefordert haben. Männer aller Stände bekanden sich unter den Angeklagten, von denen am schwersten der Affessor Lothar Bucher, später der getreue Schütznappe Bismarcks, belastet war. Am 21. Febr. fällten die Geschworenen ihr Verdict, das bezüglich aller Angeklagten, mit Ausnahme Lothar Buchers, auf Nichtschuldig lautete. Bucher wurde schuldig befunden und zu 15 Monaten Festungshaft verurtheilt. Auch ein anderer politischer Prozeß gegen den Schuhmachergesellen Habel und 3 Genossen, welche beschuldigt waren, Theil genommen zu haben an einem Unternehmen, welches auf eine gewaltthätige Umwälzung des preussischen Staates abzielte, endete am 15. August 1850 mit einem Nichtschuldigspruch und trug, ebenso wie der Steuerweigerungsprozeß dazu bei, die Schwurgerichte bei den herrschenden Regierungskreisen mächtig zu machen und es dahin zu bringen, daß ihnen die Aburtheilung über politische und Pressvergehen wieder abgenommen wurde. Dies geschah durch die in den Jahren 1851 bis 1858 vorgenommene Rückwärtsveränderung der bisher seit 1848 erlassenen Gesetze.

Seitdem sind die Schwurgerichte nur für gemeine Verbrechen, Mord, Todtschlag, wissentlichen Meineid,

vorsätzliche Brandstiftung, Rothzucht, Minderjährigen, betrügerischen Bankrott etc. zuständig und als am 27. Januar 1877 das neue Gerichtsverfassungsgesetz für das heutige Reich eingeführt wurde, änderte man auch hieron nichts. Preußen hatte zwar die Absicht zu Gunsten der Schöffengerichte das Schwurgerichtsverfahren zu beseitigen, aber die Süddeutschen Staaten wollten davon nichts wissen, so daß Preußen nachgab. In Bayern, Württemberg und Baden, wo man die Aburtheilung der politischen und Pressvergehen nach wie vor den Schwurgerichten überlassen hatte, wurde dies auch nach der neuen Justizreform als Reservatrecht weiter so gehandhabt. Die Bestrebungen der linksstehenden Parteien in den übrigen deutschen Staaten gehen aber dahin, wie das gesamte deutsche Reich die Verweisung der politischen und Pressvergehen an die Schwurgerichte wieder zu erreichen, was bisher bei der Reichsregierung leider keine Berücksichtigung gefunden hat.

Arbeiter und Arbeitgeber.

In den Gemeinderath des Dorfes Brambach bei Lohndorf im Vogtlande wurden die Sozialdemokraten als Vertreter der Anfalligen und einer als Vertreter der Unzufälligen gewählt. Andere Parteien hat man im Gemeinderathe fast keine mehr.

Am Niederstreck in Krefeld. Bisher kündigten die Sammetweber von acht mechanischen Webereien zum 15. d. M. In zwei Sammetwebereien sind die Weber bereits entlassen. Die Arbeitgeber kündigten, als die Kündigung der Weber erfolgte, zahlreichen Hilfsarbeitern.

Frankfurt a. M. Das neuerrichtete Arbeiter-Sekretariat wurde am 1. Januar durch einen Festakt feierlich der Arbeiterschaft eingeweiht. Das Sekretariat befindet sich Schnurgasse 45.

In Speyer legten im neuen Gussstahlwerk die organisierten Arbeiter die Arbeit nieder, weil die Maßregelung gegen einen der Organisation angehörigen Arbeiter nicht ungenommen wurde.

Die Differenzen in der Sieferei von Gebrüder Klenting in Mannheim sind beigelegt. Die von den Arbeitern (Kernmachern und Formern) gestellten Forderungen sind mit ehrenwörtlicher Zusage der Firma bewilligt.

Aus dem Saar-Revier meldet die „Frankfurter Ztg.“: Mehrere auf dem Halberger Berg beschäftigte Arbeiter hatten sich in der Nacht während einer Ruhepause über den sogenannten Gakofen zum Schlafen hingelegt. Als sie geweckt werden sollten, waren Alle bewusstlos. Mit Mühe gelang es, sie wieder zu beleben bis auf einen, der den Erstickenstod gefunden hatte. Die übrigen liegen noch schwer erkrankt darnieder.

Von der Bergarbeiterbewegung. Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Bergarbeiter-Verbandes (sogenannter „alter“ Verband) hatte bekanntlich in Ausführung von Beschlüssen mehrerer großer Bergarbeiter-Versammlungen an die Landesverwaltungen die Forderung einer Lohnerhöhung von zehn Prozent für alle Vergleute gerichtet. Kurz nachher zeigte der Vorstand in seinem Verbandsorgane an, es werde, wie auch die Antwort ausfallen möge, selbst wenn gar keine gegeben werde, nach vor Weihnachten eine Delegirten-Versammlung stattfinden, in welcher aber die weiter zu unternehmenden Schritte beraten werden solle. Die Einladung zu der Versammlung erschien jedoch erst nach Weihnachten. Die Tagesordnung lautete:

und setzte sich so, daß er sie die ganze Zeit über genau beobachten konnte.

„Glauben Sie mir, lieber Doktor, ich bin vor Erwartung ganz fieberhaft erregt. Erzählen Sie schnell, bitte, ich bin stark, wie die meisten Menschen, die in Wahrheit schweren Kummer erlebt haben; Ungewißheit und Unsicherheit sind mir eine Qual.“

„Nun wohl, gnädige Frau, wie, wenn dieses junge Mädchen, das außer seiner Schönheit auch den lebenswürdigsten Charakter besitzt — wie, wenn es Ihnen angehört“, sagte der Doktor.

„Was sagen Sie? — Mein Sohn, der Schiffbruch gelitten — — — aber es ist ja Wahnsinn — sie sind alle umgekommen. Wissen Sie, es sind jetzt mehr als zwanzig Jahre, Doktor!“

„Sie ist — ich führe alle Beweise mit mir — das einzige Kind Ihres Sohnes, das einzige Wesen, das lebend aus den Fluthen gerettet wurde.“

In demselben Augenblick fing der Doktor die alte Dame in seinen Armen auf. Es besiel sie eine Ohnmacht, aber nur für wenige Minuten, dann brach sie in Freudenthränen aus, umarmte und küßte ihn.

Er seinerseits bemerkte es kaum, daß sich ihm während der folgenden Erzählung von Filia Maris' Geschichte Thränen die Wangen herabschlüpfen. Niemals hat eine Begebenheit einen wärmeren und liebevolleren Erzähler gefunden, und wie ist eine Begebenheit mit mehr Dank und Liebe angehört worden, als hier.

Immer und immer wieder mußte er den Namen „Filia Maris“ wiederholen.

„Wie mir das gefällt, daß der prächtige alte Pfarrer sie so nannte — Tochter des Meeres! ist es nicht so? Das Schlimmste ist nur, daß sie verheirathet ist, sie muß gleich hierher kommen, nicht wahr, Doktor! Ist sie wirklich so reizend und so süß? — Nicht wahr, das ist sie? So recht, recht süß — ja, dies Gesicht kann unmöglich trügen. Doch nun müssen Sie auch hören, wie wir getrauert und

Die Tochter des Meeres.

Eine Geschichte von der Nordsee von Johanne Schjöring. (Autorisirte Uebersetzung aus dem Dänischen von L. Fehr.)

(Nachdruck verboten.)

26. Fortsetzung.)

Mit dem leichten und freundlichen Anstand einer vollendeten Dame trat sie auf ihren Gast zu, aber so gut sie sich auch zu beherrschten verstand, sah man doch, daß sie sich vergeblich aufstrengte, zu enträtheln, wer es sei, den sie vor sich habe, und wer überhaupt so hartnäckig darauf bestanden haben könne, sie zu sehen, ohne sich namhaft machen zu wollen.

Der Doktor hielt seine Mappe in der Hand, allein die Begegnung mit der alten Dame und der Gedanke an die Ereignisse, welche diese Begegnung veranlaßt hatten, machten einen so starken Einfluß auf ihn, daß er einige Minuten bedurfte, um Herr seiner Bewegung zu werden. Doch endlich trat er zu ihr hin, ergriff ihre Hand, die er an seine Lippen führte, und nannte seinen Namen, sowie auch das Jahr, in dem sie sich in Rom gesehen hatten. Mit jugendlicher Wärme nahm sie seine Hand zwischen ihre beiden Hände und sprach: „Ach, mein lieber Herr Doktor, der Freund meiner Jugend!“

Mit natürlicher Leichtigkeit kam mit einem Schlag die Unterhaltung in Fluß, und der Doktor vergaß alle seine früheren Besorgnisse, daß er nicht mehr, wie vordem, der fremden Sprache mächtig sein würde.

Er merkte bald, daß er leicht wieder in Uebung kommen werde, und als er einige Minuten mit ihr gesprochen hatte, zweifelte er auch nicht daran, daß sie mit der ganzen jugendlichen Liebenswürdigkeit früherer Tage lachen und ihm zur Hilfe kommen werde, wenn er in Gefahr gerieth, stecken zu bleiben.

„Sind Sie Künstler geworden oder ist es eine Sammelmappe, die Sie da in der Hand halten, als sei es ein ganz seltener Schatz?“ fragte sie scherzend, ihm die Mappe abnehmend.

Er überließ ihr dieselbe.

„Darf ich sie öffnen?“

„Ganz wie es Ihnen gefällt.“

Zufälliger Weise lag Julius Bild zu oberst.

„Aber was ist das für eine Situation?“ fragt sie, „bin — ja! ich das sein in meinen jungen Jahren, bin ich es nicht, so recht idealisirt? Antworten Sie mir doch, bester Doktor!“

„Sie könnten es sein, gnädige Frau, aber Sie sind es nicht“, erwiderte der Doktor ein wenig unsicher. Er sann darüber nach, wie er alles, was er auf der Seele habe, am besten vorbringen könne, ohne ihr empfindsames Gemüth zu sehr aufzuregen.

„Seltsam“, sagte sie und blickte von dem Doktor wieder auf das Bild, „aber sagen Sie mir doch, ob es mir nicht einst ähnlich gewesen ist? Es ist, wie ich sehe, von einem Meister gemalt, mein Oheim hätte es nicht besser machen können. Wer ist sie nur?“

So fragend, wandte sie das Bild um, das andere lag darunter.

„Aber das — ja, das bin ich denn doch, so wie Omtel mich in Rom malte! wie hängt das nur zusammen? Ah, jetzt sehe ich“, fuhr sie, die beiden Bilder vergleichend, fort, „das junge Mädchen im Wasser ist schöner, als ich es je gewesen bin; aber sehen wir einander demungeachtet doch nicht ähnlich? Bitte, sagen Sie mir, bester Doktor, ob ich richtig sehe.“

„Nein, gnädige Frau, Sie sehen einander so ähnlich wie zwei Schwwestern, und zwei Meister, einer im Süden und einer im Norden, haben die beiden gemalt. Kommen Sie, setzen wir uns auf die Veranda. Fühlen Sie sich so stark, daß Sie es werden ertragen können, eine unerwartete Freude zu vernehmen?“

„Eine unerwartete Freude? Bitte, geben Sie mir Ihren Arm!“

Der Doktor führte sie zu einem Plaz hin, wo die Luft ihm am frischesten schien, rückte einen Stuhl für sie zurecht

„Unsere Lohnforderung und die Antwort der Werksbesitzer.“ Sonntag fand die Versammlung im Bochum statt, sie war von 113 Delegierten besucht. Der Vorsitz führte der Verbandsvorsitzende Müller aus Weimern. Er teilte mit, daß auch nicht eine einzige Antwort von den Werksbesitzern eingegangen sei. (Neueingung.) Das Referat über den Gegenstand der Tagesordnung hatte Gröschke, der Redakteur der „Vergewaltigung“. Er besandte die Forderung einer Lohnhöhung sei deshalb gestellt, weil die günstige Konjunktur solchen zulasse und die Arbeiter einen gerechten Anteil an dem Mehrertrug haben sollten. Die Lebensmittelpreise seien seit zwei Jahren um 25 Prozent gestiegen, die Mieten seien schwerer, kurzum, die Forderung sei eine gerechte. Wenn ein gewöhnlicher Mann ein Schreiben erhalte, so antworte er auf dasselbe, oder zeige doch wenigstens den Empfang an, die Werksbesitzer hätten aber nicht gethan und sich damit ein glänzendes Zeugnis ihrer Willkür ausgesprochen. Welche Antwort sollten nun die Bergleute einem solchen Verhalten gegenüber ertheilen? Geben wir noch im Jahre 1891, so wäre die Antwort: Streik! Eine solche Antwort würde heute aber nicht gegeben, dazu seien die Bergleute viel zu klug. Arbeiter behauptet, der Verband habe wohl die Macht, einen Streik zu indizieren. Wenn aber die Parole nicht auf Streik laute, so gelte es nur, weil ein Streik ein zweischneidiges Schwert sei und seiner aus volkswirtschaftlichen und politischen Gründen. Auf wirtschaftlichen Gebieten bestehe eine große Spannung, wie der hohe Diszont bei der Weidenschaft beweise. Wenn ein Streik ausbräche, den ganze Kategorien von Arbeitern in Mitleidenhaft setze, so könne leicht ein Krach eintreten, wie im Jahre 1873. Man solle später den Bergleuten nicht sagen, sie seien Schuld an dem Krach. Tausender. Redner kritisierte auch das Verhalten des „christlichen“ Verbandes, der dem alten Verbands bei seiner Forderung in den Rücken gefallen sei, indem er behauptete, die Löhne seien schon um 10 Prozent gestiegen, obwohl die amtlichen Nachweisungen ergäben, daß in 1 1/2 Jahren der Lohn nur um 6,64 Prozent gestiegen sei. Des weitern führt Gröschke aus, dem Verbands bleibe unter den geschätzten, Verhältnissen nichts weiter übrig, als die Organisation anzubahnen und alle Bergleute zu vereinigen, wann werde man es nicht mehr wagen, sie so zu behandeln, wie jetzt. Nach einer längeren Besprechung wurde folgender Beschlusstrang angenommen:

Der Delegiertenrat erkenne an, daß die Unzufriedenheit, mit der die Bergleuten die hiesig an sie herantretenden Arbeitervertreter behandeln, ein glänzendes Zeugnis ablegt für die Geistesbildung, auf die der Berg ist. Die hiesige Besetzung der Bescheidenden und leicht durchzuführen den Lohnforderung leitend der Bescheidener läßt ferner erkennen, daß es den Herren nicht um den sozialen Frieden, sondern um die Volkserhebung zu thun ist. Auf seine wirtschaftliche Macht pocht, fragt das Grabkapital nicht im mindesten nach dem Wohlergehen der Arbeiterklasse. Dieses läßt neben der Lohnfrage auch die Schreie, von Demunition der Antragsteller begleitet, unternehmerischer organisirter Bekämpfung des Antrags einer zeitweiligen Bergarbeiterunion erkennen. Die Grabbesitzer können nun nicht mehr, wie sie es 1889 thaten, mit einem Schein von Recht sagen, sie hätten die Forderungen der Bergleute nicht gekannt. Sollten in der Folge Differenzen zwischen Kapital und Arbeit im Bergbau entstehen, dann ist das Kapital allein verantwortlich für alle Schäden, die nach der Richtung hin der deutschen Volkswirtschaft zugefügt werden.

Zur Nachzahlung für andere Eisenbahnverwaltungen. Eine Weihnachtsfreude wurde den Tagelöhnern und professionellen Arbeitern in den sämtlichen Zentral- und Betriebswerkstätten der hayerischen Staatsbahnen Verwaltung dadurch zu Teil, daß die von der Generaldirektion beantragten Mittel zu den Lohnhöhungen seitens des zuständigen Staatsministeriums vor Kurzem zur Verfügung gestellt worden sind, und zwar erstreckt sich diese Lohnaufbesserung rückwirkend schon auf das 4. Vierteljahr 1898, nachdem seiner Zeit auch den künftigen Arbeitern im Stations-, Rangir-, Bahnunterhaltungsdienst u. s. w. die Lohnhöhungen bereits vom 1. Okt. vorigen Jahres an bewilligt worden waren.

Das Jahr aus Fern.

Meine Chronik. Der Verleibungssprozess gegen den Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Gustav Strechke, gelangte Dienstag vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zu Verhandlung. Strafantragsteller

war der Landrath des Kreises Rönigberg v. Meerscheidt-Hüllessem, der sich durch den Artikel vom 14. Juli 1898 in der „Deutschen Tageszeitung“, worin dem Landrath v. Meerscheidt-Hüllessem Wahlbeeinflussung vorgeworfen wird, beleidigt fühlte. Der Gerichtshof erkannte auf hundert Mark Geldstrafe, eventuell zehn Tage Haft und sprach dem Verleibten die Publikationsstrafe zu. (Es handelte sich um dieselben Vorgänge, die wie nützlich in einem längeren Artikel in der Beilage n. W., wie ein scharfsinniger Landrath wählen macht, geschildert haben.) — Weiter sei sein Haus durch die Verleibung in der Beilage n. W. nicht in das Haus gelangen konnte, rief der Arbeiter Ernst Ober in Berlin durch den Fernsprecher die Fernwehr herbei, die ihm beim Einschleusen sein Haus öffnete. Er hatte dadurch seinen Zweck erreicht, büßte aber sich demüthigt wegen „groben Unsinns“ zu verantworten haben. — Was die Wahlbeeinflussung des Ritters nicht verwerthet werden darf. Politisch verholten wurde dem bekannten Originalkomiker und Improvisator Otto Reuter, der zur Zeit im Reichstheater in Berlin auftritt, bei der Wahl zum Reichstag über die Wahlbeeinflussung des Kaisers. Das Haupt soll einen durchaus unverfänglichen, ja sogar „sozial-patriotischen“ Charakter tragen, demnach erfolgte das Verbot, wie es in der politischen Verfassung heißt, „aus politischen Gründen“, mit der Motivirung, der Gegenstand dürfe überhaupt nicht in einem Kapitel behandelt werden. Was Reuter zur Strafe hat sich der Kaiserliche Theater in Marientheater erkauft. Er war Vorführer bei einem Offizier und hatte sich zur Verhöhnung eines Schwebelherzogs die Willkür des hiesigen ausgezogen. Nach durchgeführter Folter nach dem Verbot, ein Verbrechen im Amt begangen zu haben, ist der Gerichtshof durch Buchholz in Marientheater verurtheilt worden. Drei Lehrlinge eines Kaufmanns in Fr. Starck, die in einem gemeinlichen Zimmer schliefen, sind durch Einathmen von Kohlenstoff verunglückt. Der eine, Namens Ludwig, aus Holsch, war bereits todt; die beiden andern wurden, dem Tode nahe, angekommen, ihr Zustand ist noch lebensgefährlich. — Drei Mädchen schleppen in Wahren eine ausländische Frauensperson in einen abgelegenen Feldweg, verkleiden sich als Arbeiterinnen und erwerbten sie. Einer der Thäter ist erkannt. — Aus religiösen Gründen hatte sich in der Nähe von Kassel ein Bataillon der Sargenpreker versammelt. Er wurde verurtheilt. Das Landgericht hat die hiergegen eingelegte Revision verworfen. Eine Schuppenausparatour ist getödtet in der Schwefelkammer mit zuhüllern in's Handgemeine. Hierbei wurde ein Polizist von einem 17jährigen Burschen durch einen Stein in die Mäule lebensgefährlich und ein anderer Schuppenmann nicht unbemerkt verletzt. — Eine große Methanergas-Explosion erfolgte in Cassel in der Nacht auf Montag im Restaurant des Gasthofbesizers Wulffsch durch, daß der Gasthofbesizer mit einem offenen Licht einen Apparat zu nahe gekommen war. Wulffsch selbst zwei Personen erlitten schwere, andere leichte Verletzungen. Ein Station Kassel's Dorf warf der Sturm den Personenzug am Riß. Personen wurden verletzt. — Ein zweites Verbrechen hat auf der neuen Bahnhofs- Kleinbahn in Felden - Großerode eine mehrläufige Verleibung verursacht. Dem „Freunde“ der Prinzessin Luise von Koburg, Oberleutnant Mattschick Reglerie wurde am Sylvesterabend in seiner Villa das vom Karamor-Soposomando festgesetzte kriegsgerichtliche Urtheil verkündet, wodurch er zu fünf Jahren militärischer Strafbau verurtheilt wird. Mattschick bürde die Verleibung des Urtheils schweigend an. Nach der Verleibung wurde bei offenen Fenstern und Thüren an Mattschick durch die Stabsproffosen der Art der Kassation vollzogen. Pteronius wurde der Reueitheile durch zwei Offiziere und drei Mann auf angepflanzten Bajonetten auf den Gewehren zum Bahnhofs eskortirt und auf der Bahn nach der militärischen Strafanstalt Mitterdorf in Nieder-Oesterreich nächst Wiener Neustadt transportirt. Wenn man verummt, laugnet Mattschick die ihm zur Last gelegte Verleibung in Höhe von einer halben Million. Die Verurtheilung soll übrigens nicht bloß wegen Verleibung, sondern auch wegen nachtheiliger Lebensführung erfolgt sein. — Hochzeit auf dem Kirchhofe. In dem Städtchen Schargorod (im Gouvernement Kours) zerbrach das Schicksal so stark, daß die Einwohner beschloßen, ein natürlisches Mittel dagegen anzuwenden. Als solches gibt die Tränung eines Brautpaares auf dem Kirchhof. Man fand ein armes Brautpaar, das sich gegen ein ansehnliches Geldgeheim bereit erklärte, seine Tränung und Hochzeit auf dem kirchlichen Kirchhof zu feiern. Die Hochzeit hat bereits stattgefunden. Ob das Mittel geholfen hat, darüber verläutet vorläufig nichts. — Die große Nadel- und Drahtfabrik von Wolanowski, Actiengesellschaft in Warschau, wurde von einem fürchtbaren Brande größtentheils eingeeicht. Der Schaden beträgt über eine halbe

Million Rubel. Die Fabrik beschäftigte über 500 Arbeiter, die nun brods sind. — Das Marinekriegsgericht in Toulon verurtheilte den Schiffskapitän Kessler, der nach Verurteilung von 15000 Franken gestrichelt ist, in seiner Abwesenheit zu fünf Jahren Zuchthaus. Die unterschlagene Gelder gehörten dem Unterstufungsverein der Marineverranen. — Festigt es in der Mitte in Havre, Dr. H. Kugers, Nordbranz, Marfelle, Amogre und Clermont-Ferrand. Der Schaden ist bedauerlich. Bei dem heftigen Sturm erlitt ein deutscher Dreimaster auf der Höhe von Dufirchen Schiffbruch. Die Mannschaft wurde von einem Rettungsboote beborgru, dessen Besatzung bei dem Rettungsarbeiten 8 Stunden im Wasser zubrachte. Der Dampfer Kugers schickerte am Mittwoch an der Mole von Dieppe. Der Kapitän und 14 Mann, welche sich auf die äußerste Spitze der Mole gestrichelt hatten, wurden am 7 Uhr früh gerettet. Ein Mann der Besatzung ist an Entkräftung gestorben. In dem Rettungsraum wurden vier Personen angebracht. — Mittlere Käste herlich im Norden Amerikas. In Manitoba und Dakota ist der Wärmemesser bis 30 Grad unter dem Gefrierpunkt gefallen. Seit Donnerstag betrug in St. Paul 71 Grad — von 56 Grad über dem Gefrierpunkt auf 16 Grad unter dem Gefrierpunkt. Ein festes Winternacht. Ein Mensch mit zwei Herzen, der gegenwärtig 100 Jahre alt ist und sich dabei der besten Gesundheit und ungewöhnlicher Mäßigkeit erweist, ist der farbige William King in New-Orleans, Mass. Dr. Monroe Long, ein angesehener Arzt der Willsberg-Spitals in Newyork, hat ihn näher untersucht; aus diesem in Newyork Herald über diese merkwürdige Anomalie veröffentlichten Bericht sei in Kürze Folgendes erwähnt: King hat je ein Herz auf der rechten und auf der linken Seite der Brust, doch können im normalen Zustand die einzelnen Organe weder mit Wärme getrennt von einander getrennt werden. Durch gewisse Muskelkontraktionen ist aber King im Stande, jedes der beiden Herzen für sich in eine tiefere Lage (gegen die Wärme) zu bringen, in welcher Lage dann die einzelnen Pulschläge eines jeden der beiden Herzen getrennt von einander zu hören sind. Stehen dagegen beide Herzen tief, so schlagen sie auch wieder zusammen. King besitzt ferner zwei Brustbeine, und vermag eines derselben beliebig zu bewegen; im Ruhezustand schließt das bewegliche hinter dem gewöhnlichen Brustbein zu liegen. (???)

Von einem furchtbaren Unglück in Vankau, die große Handelsmetropole an der oberen Yangtse, die erst ganz vor Kurzem von einer verheerenden Pestepidemie befallen wurde — etwa ein Drittel der Stadt ging in Flammen auf, wiederum betroffen worden. Gegen Mittag, am 20. v. M., wurde durch einen Brand die Hälfte der Gebäude einer Straße, die auf dem etwa vierzig Fuß hohen Ufer des Fluß erbaut sind, in den Fluß hinabgestürzt. Man nimmt an, daß über hundert Häuser, die theilweise auf die im von liegenden Kadengänge stelen, in den Wellen verchwanden; der Menschenvorlust wird auf 500 bis 1000 Köpfe geschätzt. — Er läßt nicht locker, der Herr Erste Staatsanwalt Hecht in Jasterburg. Mehrere Wochenschriftblätter unserer Königsberger Parteigenossen hatte er beschlagnahmen lassen und die Staatsanwälte in Lyck und Bartenstein waren ihm nachgefolgt. Die Hüttin Chemis war Herrn Hecht und seinen Kollegen aber offenbar nicht hold gesinnt. Das Gericht in Bartenstein, in welchem Orte die Staatsanwaltschaft den verantwortlichen Verleger der Flugblätter, Genossen Rakutt aus Königsberg, angeklagt hatte, stellte das Verfahren ein und vor dem Landgericht in Lyck erzielte Rakutt Freisprechung. Herr Hecht hatte seinerseits nicht den Verleger Rakutt, sondern eine Anzahl der Verbreiter der Flugblätter angeklagt, aber das Landgericht in Jasterburg fand an diesen ebenfalls keine Schuld und sprach sie sämtlich frei. Nun, nachdem seit der Verbreitung der Flugblätter viele Monate vergangen sind, hat Herr Hecht gegen Rakutt Anklage erhoben und zwar, wie unser Königsberger Parteiorgan mittheilt, wegen ganz derselben Sätze, die schon von drei verurtheilten Verleibungsfällen für strafrei erklärt worden sind. Die Ausdauer des Herrn Hecht ist jedenfalls bewundernswürdig; man wird aber wohl annehmen dürfen, daß sie doch noch übertroffen werden wird von der Konsequenz der Richter.

gefuht haben; aber ich muß meinen Sohn, seine Frau und seine Kinder rufen lassen, ich bin ganz verwirrt.“ „Lassen Sie uns erst ausreden, gnädige Frau,“ sagte der Doktor, „es ist notwendig, daß Sie sich ein wenig schonen. Von dem Augenblick an, wo ich meine Geschichte anfang, gehören Sie unter meine ärztliche Praxis, solange die Wogen der Aufregung so hoch gehen.“ „Als mein Sohn und seine junge Frau — sie wollte mit ihrem kleinen Kinde von sechs Wochen durchaus mit ihm gehen — von hier abgefahren, fuhren sie, wie Sie wissen, mit einer Ladung Sardellen und Süßfrüchte nach Havre; er hatte die Absicht, mit halber Fracht zurückzukehren und einige spanische Häfen, wo meine Schwiegertochter Verwandte hatte, anzulassen. Um die Zeit aber, da wir sie zurück erwarteten, erhielten wir einen Brief von meinem Sohne, daß er, anstatt nach Hause zu kommen, entweder nach Leith mit einer Ladung Wein gehen werde, oder nach Riga mit einer kostbaren Ladung Porzellan, für eine russische Fürstin bestimmt, sammt einer Parthie Süßfrüchte, wir würden bald Näheres von ihm hören. Als wir diesen Brief empfangen, wüthete während einiger Tage gerade ein furchtbarer Sturm; wir trösteten uns aber damit, daß sie noch in Havre sein mußten, und warteten auf nähere Auskunft. Eine solche ist nie gekommen, und als wir anfangen, uns zu ängstigen und Erkundigungen einzuziehen, waren die Nachrichten lange Zeit einander so widersprechend, daß es unmöglich war, genaue Nachrichten anzustellen.“ „Die Zeitungen wimmelten von Schiffsunfällen, aber der Name „Melanie Bernet“ fand sich nie und nirgends. Mein Sohn ging selbst nach Havre, während mein Mann die unglaublichsten Versuche machte; alles, was wir in Erfahrung brachten, war, daß das Schiff untergegangen sein müsse, wahrscheinlich im Atlantischen Meer. Die Möglichkeit, daß sie vielleicht Land erreicht haben könnten, schien ausgeschlossen, dazu war zu kurze Zeit verfloßen, und da jeder Zeuge und jegliches Zeugnis fehlte, sahen wir schließlich wohl ein, daß alles verloren sein müsse.“ Hier hielt sie, von Thränen halb erstickt, inne. Es blieb dem Doktor nur noch übrig, das, was man neuerdings an der Nordsee in Erfahrung gebracht hatte, mitzutheilen. Blühenden Auges sprang die alte Dame auf und rief:

„Mein, dergleichen kann man nicht verzeihen, verlangen Sie das nicht! bedenken Sie doch, wie sehr dieser Fischer sich versehen hat; hätte er gesprochen, er hätte unsern Gram gemildert, uns das süße Kind zurückgegeben, welche Freude für meinen Mann, wenn er das erlebt hätte, er, dem dieses Unglück einen Stoß gab, den er nie verwund!“ — Dann aber redete der Doktor Worte der Besonnenheit und der Liebe zu ihr und stellte ihr vor, daß Julia kein Unrecht geschehen, daß sie mit einer Liebe, die ihregleichen juche, erzogen worden sei, überall verehrt und anerkannt werde und getraut sei, daß sie wohl die letzte sein würde, ein einziges der Herzen, die dort für sie schlügen, aufzugeben. Endlich schilderte er das traurige Glück, das dem armen Fischer aus der Unterschlagung des Kästchens erwachsen sei, schilderte seinen Hingang von dieser Welt und sein Gebet, Gott möge ihm verzeihen, wenn Menschen es nicht thun könnten. Mehr bedructe es nicht — in stillem Gebet, das Gesicht in die Kissen eines Stuhles vergraben, war sie auf die Kniee gesunken. Der Doktor ließ sie ungestört und holte sein Kästchen herbei. Als er zurückkam, stand sie mitten in der Stube und eine fast jugendliche Begeisterung verlieh ihrem Antlitz einen friedvollen Ausdruck. Mit offenen Armen ging sie dem Doktor entgegen: „Thnen zu danken vermag ich nicht, aber Gott segne Sie, Ihr Volk und Ihr Land!“ „Ich werde Seelenmessen für den Fischer lesen lassen und Verzeihung erlesen, weil ich die große Sünde beging, unverzüglich gegen ihn zu sein.“ „Dieses Kästchen habe ich selbst Constance für ihre Schmuckstücke und andre Kostbarkeiten geschenkt“, sagte die alte Dame, als der Doktor ihr dasselbe zeigte. Die verschiedenen Gegenstände, die es enthielt, erkannte sie alle, Stück für Stück, wieder. Der Jubel, das Staunen und die Aufregung, deren Gegenstand der Doktor in diesen Tagen war, läßt sich leichter denken, als beschreiben.

Er machte die Bekanntschaft einer zahlreichen und lebenswürdigen Familie, die in den vierzehn Tagen seines Aufenthaltes nicht müde wurde, von ihrer unbekanntem Verwandten im fernen Dänemark zu hören und nach ihr zu fragen. Man hatte sofort eine Familiendeputation nach Kopenhagen schicken wollen, um Julia nach der Primath ihrer Eltern und Angehörigen zu führen; dem aber widersetzte sich der Doktor mit der größten Bestimmtheit, vornehmlich weil er, der diese Mission übernommen, selbst Julia alles mittheilen wollte, was er entdeckt, gehört und gesehen hatte. Nach endlosen Erörterungen, Hin- und Herreden und besondern ärztlichen Gutachten wurde beschloßen, daß die alte Dame, Madame Melanie Bernet, mit dem Doktor nach Dänemark reisen solle, Storm und seine Frau müßten sie dann im Frühjahr zurückbegleiten. Die Familie könne inzwischen die Erbschaftsangelegenheiten, Julia betreffend, ordnen.

Litterarisches.

Im Verlage von J. G. W. Dieß Nach ist soeben erschienen: „Die Agrarfrage“. Eine Uebersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie von Karl Rautsch. VIII und 462 Seiten. Gr. Oktav. Broschirt 5 M., gebunden in engl. Leinwand 6,50 M. Aus dem Inhalt des langstverwarteten Buches theilw. wir die nachstehenden Kapitel-Überschriften mit, die wohl den besten Uebersicht geben über das, was der Autor in seinem Buche behandelt. I. Die Entwicklung der Landwirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft. Der Bauer und die Zukunft. — Die Landwirtschaft der Feudalzeit. — Die moderne Landwirtschaft. — Der kapitalistische Charakter der modernen Landwirtschaft. — Großbetrieb und Kleinbetrieb. — Die Schranken der kapitalistischen Landwirtschaft. — Die Proletarisierung der Bauern. — Die wachsenden Schwierigkeiten der Waaren produzierenden Landwirtschaft. — Die überseitsche Lebensmittelkonkurrenz und die Industrialisierung der Landwirtschaft. — Ausblick in die Zukunft. II. Sozialdemokratische Agrarpolitik. Braucht die Sozialdemokratie ein Agrarprogramm? — Der Schutz des ländlichen Proletariats. — Der Schutz der Landwirtschaft. — Der Schutz der Landwirtschaft. — Die soziale Revolution und die Expropriation der Grundbesitzer. Das Werk ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.